



Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Herrn
Markus Tressel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Enak Ferlemann, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250
FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

Betreff: Ihre Frage 536/Januar vom 31.01.2019

Bezug: Ihr Schreiben vom 19.02.2019
Aktenzeichen: E 23/5120.1/06-21/3076514
Datum: Berlin, *18.03.2019*
Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Nachfrage vom 19.02.2019 auf Ihre Frage 536 vom 31.01.2019
beantworte ich wie folgt:

Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) ist am 03.07.2018 durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes um Stellungnahme zu einer Presseerklärung gebeten worden, die das EBA im Folgenden am 03.07.2018 kommentiert hat. Die Anfrage erfolgte durch die Saarbrücker Zeitung und betraf die Frage an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes, inwieweit das Ministerium die Kontrolle der Saarbahn GmbH, was die Durchsetzung von Fahrgastrechten angeht, vernachlässige. Das EBA hat zu einem übermittelten Entwurf einer Presseerklärung Stellung genommen und ergänzend darauf hingewiesen, dass aufgrund des bestehenden Verwaltungsabkommens die Zuständigkeit des EBA im Bereich der Fahrgastrechte auf die Abgabe von Stellungnahmen gegenüber dem Land beschränkt sei. Eine darüber hinausgehende Handlungsempfehlung wurde nicht erteilt.

Die o.g. Stellungnahme des EBA beschränkte sich auf die Übermittlung des Vorschlags für eine Presseerklärung an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes:

„Wir sind dankbar für den Hinweis. Fahrgastrechte werden bei uns groß geschrieben. Wir haben uns bereits in einem früheren Fall an das EBA gewandt, das uns auch bei dieser aktuellen Fragestellung beratend unterstützen wird. Wir werden der Sache weiter nachgehen. Wenn es Mängel gibt, müssen sie natürlich abgestellt werden.“





Seite 2 von 2

Darüber hinaus unterstützt die saarländische Landesregierung eine Initiative, die eine einheitliche Zuständigkeit für die Fahrgastrechte bundesweit für alle Eisenbahnen beim Eisenbahn-Bundesamt fordert. So soll die einheitliche Durchsetzung der Fahrgastrechte erreicht werden.“

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes ist im Nachgang nicht erneut auf das EBA hinsichtlich einer beratenden Stellungnahme zu fahrgastrechtlichen Fragestellungen zugekommen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Enak Ferlemann

